

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SONDERSITZUNG DES STADTRATS AM 11.05.2021

Sitzungsdatum:	Dienstag, den 11.05.2021
Beginn:	18:00 Uhr
Ende	21:40 Uhr
Ort:	Alte Synagoge

Anwesend:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Stefan Güntner

CSU-Stadtratsfraktion

Stadträtin Nina Grötsch

Stadtrat Dr. Stephan Küntzer

Stadtrat Timo Markert

Stadtrat Thomas Rank

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadträtin Sabrina Stemplowski

Stadträtin Hiltrud Stocker

SPD-Stadtratsfraktion

Bürgermeisterin Astrid Glos

Stadtrat Klaus Heisel

Stadtrat Manfred Paul

FW-FBW-Stadtratsfraktion

2. Bürgermeister Manfred Freitag

Stadtrat Dr. Uwe Pfeiffle

Stadtrat Tobias Volk

Stadtrat Georg Wittmann

GRÜNE-Stadtratsfraktion

Stadträtin Christa Büttner

Stadträtin Dr. Gisela Kramer-Grünwald

Stadtrat Klaus Sanzenbacher

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Walter Vierrether

Stadtrat Dirk Wittmann

UsW-Stadtratsgruppe

Stadtrat Werner May

Stadtrat Siegfried Müller

KIK-Stadtratsgruppe

Stadtrat Klaus Christof
Stadtrat Wolfgang Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn
Stadträtin Bianca Tröge

AfD-Stadtratsgruppe

Stadtrat Lars Goldbach

Schriftführerin

Verwaltungsfachwirtin Lisa Spiller

Berichterstatter

Stabsstelle Claudia Biebl

Bauingenieur Oliver Graumann

Personalentwickler Peter Grieb

Verwaltungsrat Ralph Hartner

Rechtsdirektorin Susanne Schmöger

ab Ziffer 1, 18:13 Uhr

ab Ziffer 1, 19:00 Uhr

Entschuldigt:

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

BP-Stadtratsgruppe

Stadtrat Uwe Hartmann

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfrenzinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

**1. Fahrplan Attraktive Innenstadt; Auftragsvergabe: Beteiligung der Öffentlichkeit in digitaler Form
Vorlage: 2021/127**

Oberbürgermeister Güntner gibt zum Einstieg in den Tagesordnungspunkt bekannt, dass die Aufgabenstellung an verschiedene Büros versandt wurde und man daraufhin Angebote von drei Firmen erhalten habe, wovon sich nun nachfolgend zwei vorstellen würden.

Bauamtsleiter Graumann nennt als Grundlage für die Aufgabenstellung die Festsetzung des Sanierungsgebiets und das bereits vorliegende Konzept zur Gestaltung der öffentlichen Räume. Er übergibt das Wort an Herrn Großmann der Firma *DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH* aus Nürnberg, welcher die Firma und die Ideen zum Fahrplan „Attraktive Innenstadt“ anhand einer Präsentation vorstellt.

Herr Großmann erklärt, die Beteiligung der Bürger*innen würde durch eine eigene Website mit interaktiven Plänen und digitalem Fragebogen erfolgen; er betont wie wichtig das Know-How der Bürger*innen bezüglich örtlicher, historischer und anderer

weiteren Besonderheiten sei. Diese haben die Möglichkeit über das Setzen von „Pins“ auf der Stadtkarte Prioritäten darzustellen. Des Weiteren hebt er die bereits erfolgte, gute Zusammenarbeit mit der Stadt Kitzingen hervor (Voruntersuchung Altstadt Kitzingen, Wohnraumkonzept Stadt Kitzingen). Das Angebot der Firma DSK würde sich eng an der Ausschreibung der Stadt Kitzingen orientieren, aber auch hier seien ggf. gewünschte Anpassungen/Erweiterungen, wie das Abhalten eines Workshops über Video-Streaming, möglich.

Stadtrat Christof erkundigt sich nach dem geplanten Zeitrahmen, woraufhin Herr Großmann eine Zeitspanne von 4 Wochen bis zum Start des digitalen Fragebogens nennt und eine Beendigung des Projektes bis Oktober 2021 für möglich hält.

Stadtrat Pauluhn weist auf die Beratungen für die Bedarfsmittelungen zu möglichen Förderprojekten im November hin; ein Ergebnis bis dahin wäre wünschenswert.

Oberbürgermeister Güntner bedankt sich bei Herrn Großmann und übergibt das Wort an Frau Ullmann und Herrn Lexa der Firma *be content Branding* aus Güntersleben. Frau Ullmann und Herr Lexa präsentieren ihr „Mitmach-Konzept“ ebenfalls anhand einer Präsentation. Als Vorteil ihres Konzeptes heben sie hervor, dass Bürger*innen aktiv zur Beteiligung am Prozess durch verschiedene Tools animiert werden. Ihre Ergebnisse möchten sie im Dezember 2021 präsentieren und im Januar 2022 mit der Umsetzung beginnen. Auf Nachfrage von Stadtrat Pauluhn halten sie auch eine Präsentation der Ergebnisse bis November 2021 für realistisch.

Oberbürgermeister Güntner hebt hervor, wie wichtig die Bürgerbeteiligung für den Entwicklungsprozess der Innenstadt sei. Bei bereits in der Vergangenheit erstellten Konzepten sei dies ausgeblieben.

Stadtrat Paul hält eine dauerhafte, begleitende Beteiligung, beispielsweise in Form eines „Bürgerrates“ und nicht nur die einmalige Beteiligung, für notwendig.

Stadtrat Dr. Küntzer schlägt eine vorherige Beratung in den Fraktionen mit anschließender Entscheidung in der nächsten Stadtratssitzung (20.05.2021) vor.

Für Stadtrat Christof gilt es grundsätzlich zu klären, ob die Vorgaben seitens des Stadtrates, der Bürger*innen oder der jeweiligen ausgewählten Firma kommen. Er kritisiert, dass das Gremium Entscheidungen zur Entwicklung der Innenstadt an externe Firmen abtreten würde. Auch hält er das zeitliche Drängen bei einem Projekt wie diesem nicht für sinnvoll und möchte dem Prozess die notwendige Zeit geben.

Aufgrund erneut aufkeimender Diskussion stellt Stadtrat Dr. Pfeiffle den Antrag auf Schluss der Debatte.

beschlossen dafür 28 dagegen 0

Mit dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadtrat Dr. Pfeiffle und der Beschlussfassung in nächster Stadtratssitzung vom 20.05.2021 besteht Einverständnis.

zurückgestellt

2. Anträge von Fraktionen und Gruppen

2.1. Antrag der CSU-Stadtratsfraktion zur Umsetzung priorisierter Maßnahmen. hier: Planungsauftrag-/vergabe Königsplatz - Städtebaulicher Wettbewerb Vorlage: 2021/114

Stadtrat Rank stellt den Sachvortrag dar; Ziel des Antrages sei es, Gestaltungsvorschläge für die Kaiserstraße und den Königsplatz durch einen städtebaulichen Wettbewerb zu erhalten.

Stadtrat Popp erkundigt sich nach den Gründen für den Vorschlag der Verwaltung, den zu überplanenden Bereich um die Schrankenstraße und das Kaufhaus „Storg“ zu erweitern.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, durch die anstehende Sanierung des Kaufhauses Storg gilt es darauf zu reagieren, dies gilt auch für die Schrankenstraße bis hin zum Landwehrplatz.

Oberbürgermeister Güntner stellt klar, dass über den Vorschlag der CSU-Fraktion (Königsplatz und Kaiserstraße) zu beschließen sei. Die vorgeschlagene Erweiterung sei vorerst im Stadtentwicklungsbeirat zu beraten.

Stadtrat Pauluhn schlägt die Beratung im Stadtentwicklungsbeirat bis zum 01.12.2021, statt wie angedacht zum 01.10.2021 vor und bittet um Klärung der Fördermöglichkeiten seitens der Verwaltung.

Stadtrat Rank wünscht sich möglichst breite Vorschläge durch die Planungsbüros. Nach Vorliegen der Vorschläge können die Bürger*innen mit eingebunden werden.

Auf Nachfrage von Stadtrat Dr. Pfeiffle, ob es Einschränkungen aufgrund der Eigentumsverhältnisse der Kaiserstraße geben könnte erwidert Bauamtsleiter Graumann, dass die Übertragung des Eigentums der gesamten Kaiserstraße an die Stadt Kitzingen zeitnah erfolgen würde. Eine Umsetzung des Projektes sei erst danach möglich.

Oberbürgermeister Güntner gibt den geänderten Beschlussentwurf (01.12.2021 statt 01.10.2021) zur Abstimmung.

beschlossen dafür 23 dagegen 5

1. Vom Sachvortrag 2021/114 wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beauftragt das städtische Bauamt einen städtebaulichen Wettbewerb für den Bereich Kaiserstraße und Königsplatz durchzuführen.
3. Die Auftragsvergabe soll im Stadtentwicklungsbeirat bis zum 01.12.2021 vorberaten und dann anschließend im Stadtrat beschlossen werden.
4. Die Wettbewerbsergebnisse sollen dem Stadtrat zur Abstimmung der weiteren Vorgehensweise bis zum 30.10.2022 vorgestellt werden.

2.2. Antrag Bündnis 90 Die Grünen; Hier: Festsetzung von PV-/Solar-Anlagen und Zisternen in neuen Bebauungsplänen Vorlage: 2021/116

Stadtrat Sanzenbacher stellt anhand des Sachvortrages 2021/116 die Wichtigkeit

einer verbindlichen Anordnung zur Errichtung von PV- oder Solaranlagen und den Einbau von Regenwasserzisternen zur Rückhaltung und Nutzung von Niederschlagswasser dar.

Laut Stadtrat Rank befürworte die CSU-Fraktion den Antrag; er schlägt vor, die Anordnung für das nächste Baugebiet verbindlich zu machen.

Stadträtin Schwab stellt fest, dass eine Festsetzung für den Einbau einer Zisterne bereits für das neue Baugebiet „Hammerstiel“ vorhanden sei und erkundigt sich, ob es diesbezüglich seitens der Bauherren Einwände gab, woraufhin Frau Kirchner dies verneint.

Oberbürgermeister Güntner erfragt das Einverständnis der Antragsteller die Anordnung für den nächsten Bebauungsplan festzuhalten, woraufhin Stadtrat Sanzenbacher im Namen der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ zustimmt.

Oberbürgermeister Güntner gibt den Beschlussentwurf, mit der Ergänzung, dass getroffene Anordnungen erst für den nächsten Bebauungsplan vorzusehen sind, zur Abstimmung.

beschlossen dafür 20 dagegen 8

1. Vom Sachvortrag 2021/116 wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung bei der Aufstellung des nächsten Bebauungsplans die Gebäude so anzuordnen, dass eine möglichst optimale Nutzung der Sonneneinstrahlung zur Energiegewinnung erzielt werden kann.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, bei der Aufstellung des nächsten Bebauungsplans die Errichtung von PV-Anlagen und/oder Solaranlagen zur Warmwassergewinnung verbindlich festzusetzen.
4. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung bei der Aufstellung des nächsten Bebauungsplans den Einbau von Regenwasserzisternen zur Rückhaltung und Nutzung von Niederschlagswasser verbindlich festzusetzen.

2.3. Antrag Umweltbeirat; hier: Begrünung von Flachdächern von Industriebetrieben und Gewerbetreibenden

Vorlage: 2021/117

Stadträtin Schwab stellt die Wichtigkeit, dem Klimawandel entgegenzuwirken dar und bittet um Zustimmung zum Antrag. Sie ergänzt, die Dachbegrünung könne den Bauherren als ökologische Ausgleichsmaßnahme angerechnet werden.

Stadtrat Markert regt an, das Flachdach hier, durch Aufnahme einer Grad-Zahl im Beschlussentwurf zu definieren um zukünftige Unklarheiten und Unstimmigkeiten zu vermeiden, woraufhin Stadträtin Schwab zustimmt.

Laut Bauamtsleiter Graumann werde in Zusammenarbeit zwischen Bauamt und Umweltbeirat ein entsprechender Vorschlag erarbeitet.

Stadtrat Müller kritisiert, die Untergrenze von 10 m², ab welcher die Festsetzung gelten soll, sei zu niedrig angesetzt.

Stadträtin Büttner hält auch die Umsetzung bei sehr großen Dächern für möglich.

Stadtrat Markert erhebt Einwände: es wäre wünschenswert, beispielsweise auch die großen Lagerhallen im Industriegebiet conneKT zu begrünen. Die Bauweise sei aus statischer Sicht jedoch nicht darauf ausgelegt und würde dies nicht tragen. Der Aussage stimmt auch Stadtrat Rank zu; eine andere Bauweise von Lagerhallen wäre nicht ressourcenschonend.

zurückgestellt

**2.4. Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 15.01.2021; Errichtung eines Hundespielplatzes
Vorlage: 2021/120**

Stadtrat Pauluhn stellt dar, den Hundebesitzern in der Stadt solle die Möglichkeit gegeben werden, ihren Hund artgerecht zu halten und den notwendigen Auslauf zu bieten. Die Standortauswahl gestalte sich hier schwierig. Mögliche Optionen wären jedoch die Flächen im Rosengarten und Nähe „aqua-sole“.

Der Vorschlag wird seitens einiger Stadtratsmitglieder kritisch gesehen, sowohl die Standortvorschläge als auch die grundsätzliche Notwendigkeit werden in Frage gestellt.

Oberbürgermeister Güntner stellt klar, zuallererst müsse entschieden werden, ob die Errichtung der Hundewiese seitens des Gremiums gewünscht wird und stellt den Antrag zur Abstimmung.

abgelehnt **dafür 13** **dagegen 15**

1. Vom Sachvortrag 2021/120 wird Kenntnis genommen.
- 2.1. Die Stadt Kitzingen stellt ihren Bürger*innen ein städtisches Grundstück für einen Hundespielplatz zur Verfügung.
- 2.2. Die Haushaltsmittel für die Gestaltung eines Hundespielplatzes werden für 2021 zur Verfügung gestellt.

**2.5. Antrag der CSU-Fraktion vom 04.02.2021; Planungsauftrag "neue Obdachlosenunterkunft" - Notwohngebiet
Vorlage: 2021/121/1**

Oberbürgermeister Güntner stellt dar, ein positiver Beschluss für die hier vorgeschlagene Lösung würde die Suche nach Alternativstandorten beenden.

Stadtrat Dr. Küntzer fasst zusammen, dass sich die Wohngegebenheiten in den letzten Jahren trotz vieler Diskussionen nicht geändert hätten. Die CSU-Fraktion möchte für Obdachlose und die weiteren Bewohner des aktuellen Notwohngebietes Möglichkeiten finden. Die Fraktion hätte sich für den Standort im Nordosten des Areals entschieden und würde eine Verschiebung in Richtung Panzerstraße begrüßen. Es besteht die Idee mit 10 Plätzen in Modulbauweise zu beginnen und die Plätze ggf. bis max. 40 Stück zu steigern. Er stellt klar, eine getrennte Lösung für Obdachlose und den sozialen Wohnungsbau werde benötigt. Er schlägt eine getrennte Abstimmung der Ziffer 4 des Beschlussentwurfes vor und bittet um namentliche Abstimmung für die Ziffern 1-3.

Oberbürgermeister Güntner bittet um Abstimmung des Antrages auf namentliche Abstimmung.

beschlossen **dafür 25 dagegen 3**

Mit dem Antrag auf namentliche Abstimmung besteht Einverständnis.

Stadträtin Schmidt begrüßt Ziffer 4 des Beschlussentwurfes, fordert aber die Diskussion über alternative Standorte.

Dieser Meinung stimmt Stadtrat Paul zu. Er hält den gewählten Standort für ungeeignet und verweist auf die staatliche Empfehlung „Obdachlosensiedlungen“ zu vermeiden.

Stadtrat Pauluhn plädiert dafür, dass vorab die Standorte für die 3 Gruppen festgelegt werden sollen. Er vertritt die Meinung, dass mit der Umsetzung eines Standortes für die Familien begonnen werden solle.

Stadtrat Popp kritisiert den abgegrenzten Standort aus Gründen der Inklusion und Integration und schlägt als Alternative die Wohnungen im Kitzinger Bahnhofsgebäude oder bestehende Wohnungen in der Stadt vor.

Stadtrat Dr. Pfeiffle zeigt Verständnis für die Aussagen seiner Vorredner, plädiert jedoch dafür, eine Entscheidung zu treffen. Die Mehrheit der Fraktionsvorsitzenden hätte sich in der Besprechung für diesen Standort ausgesprochen.

Stadtrat Dr. Küntzer stellt die Notwendigkeit dar, den Begriff des/der „Obdachlosen“ bzw. der „Obdachlosigkeit“ zu definieren. Anschließend sollen getrennte Lösungen für die Obdachlosen und die weiteren Zielgruppen gefunden werden.

Rechtsdirektorin Schmöger definiert die Obdachlosigkeit als „unfreiwillige Wohnungslosigkeit“ und betont, dass sogenannte „Durchreisende“ und auch die weiteren Mieter aus den Notunterkünften nicht unter diese Definition fallen würden. Mit den aktuellen Bewohnern des Notwohngebietes würde ein Mietvertrag aufgesetzt werden, sodass diese im rechtlichen Sinne Mieter und keine Obdachlosen seien. Diese Vorgehensweise solle zukünftig für Obdachlose geändert werden. Sie betont, die neuen Obdachlosenunterkünfte sollen eine menschenwürdige, vorübergehende Lösung für Obdachlose sein, sich vor Wind und Wetter zu schützen und ihnen Zeit verschaffen, die Belange zu regeln.

Bürgermeisterin Glos sieht den ersten Handlungsbedarf bei den Obdachlosen. Auch stellt sie die Notwendigkeit der Weiterführung der sozialen Betreuung für diese dar und bittet um Zustimmung.

Stadträtin Schmidt bemängelt die angedachte Abgrenzung der Unterkünfte und hält die Erschließung über die Panzerstraße für risikobehaftet.

Stadträtin Dr. Kramer-Grünwald schlägt als Alternativstandort die bestehenden Wohnungen im Galgenwasen oder die Alte Poststraße und Breslauerstraße vor.

Stadtrat Pauluhn äußert den Wunsch, die Beschlussfassung um 4 Wochen zu verschieben. Dem Antrag wird seitens der CSU-Fraktion jedoch nicht stattgegeben.

Aufgrund erneut aufkeimender Diskussion stellt Stadtrat Freitag den Antrag auf Schluss der Debatte.

beschlossen **dafür 28** **dagegen 0**

Mit dem Antrag auf Schluss der Debatte von Stadtrat Freitag besteht Einverständnis.

Stadtrat Paul stellt den Antrag, die Ziffern 1-4 des Beschlussentwurfes separat abstimmen zu lassen.

Oberbürgermeister Güntner bittet um Abstimmung des Antrages auf separate Abstimmung.

abgelehnt **dafür 4** **dagegen 24**

Anschließend bittet Oberbürgermeister Güntner um Abstimmung des Antrages auf separate Abstimmung der Ziffer 4 des Beschlussentwurfes.

beschlossen **dafür 28** **dagegen 0**

Mit dem Antrag auf separate Abstimmung der Ziffer 4 besteht Einverständnis.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass das angedachte Grundstück FI.Nr. 6320/88 aufgrund der Topographie, Altlastenverdacht und Differenzen mit dem Planungsrecht ungeeignet sei.

Oberbürgermeister Güntner bittet um Klarstellung, für welches Grundstück der Beschluss gefasst werden soll, woraufhin Stadtrat Rank FI.Nr. 6320/88 nennt.

Nachdem dem Antrag auf namentliche Abstimmung zugestimmt wurde, fragt Verwaltungsrat Hartner sämtliche Stadträte nach ihrem Abstimmungsverhalten, sodass Oberbürgermeister Güntner letztlich folgendes Abstimmungsergebnis für Ziffer 1-3 des Beschlussentwurfes feststellt:

Oberbürgermeister Güntner		Nein
Stadträtin Grötsch	Ja	
Stadtrat Dr. Küntzer	Ja	
Stadtrat Markert	Ja	
Stadtrat Rank	Ja	
Stadträtin Schwab	Ja	
Stadträtin Stemplowski	Ja	
Stadträtin Stocker	Ja	
Bürgermeisterin Glos	Ja	
Stadtrat Heisel		Nein
Stadtrat Paul		Nein
2. Bürgermeister Freitag	Ja	
Stadtrat Dr. Pfeiffle	Ja	
Stadtrat Volk	Ja	
Stadtrat Wittmann G.	Ja	
Stadträtin Büttner		Nein
Stadträtin Dr. Kramer-Grünwald		Nein
Stadtrat Sanzenbacher		Nein
Stadträtin Schmidt		Nein
Stadtrat Vierrether	Ja	

Stadtrat Wittmann D.	Ja	
Stadtrat May	Ja	
Stadtrat Müller	Ja	
Stadtrat Christof		Nein
Stadtrat Popp		Nein
Stadtrat Pauluhn		Nein
Stadträtin Tröge		Nein
Stadtrat Goldbach		Nein

beschlossen dafür 16 dagegen 12

1. Vom Sachvortrag 2021/121 wird Kenntnis genommen.
2. Der Stadtrat befürwortet einen abgegrenzten Standort zur Errichtung einer adäquaten Unterkunft für Obdachlose im Nordosten des Areals, Fl.Nr. 6320/88.
3. Das städtische Bauamt wird beauftragt, bis zum 30.06.2021 einen umsetzbaren Realisierungsentwurf (Modulbauweise) für den Bau der Obdachlosenunterkunft mit max. 40 Betten dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

Nachdem seitens der Antragsteller nicht der Wunsch besteht, auch Ziffer 4 des Beschlussentwurfes namentlich abstimmen zu lassen, gibt Oberbürgermeister Güntner den Beschluss per Handzeichen zur Abstimmung.

beschlossen dafür 27 dagegen 1

4. Die Kitzinger Bau GmbH wird beauftragt, die Gebäude sukzessiv zu entmieten (in Abstimmung mit dem Quartiersmanagement und den Sozialbetreuern) und alternative städtische Wohnungen anzubieten.

3. Aktuelle Informationen der Stabsstelle

Oberbürgermeister Güntner teilt mit, Tagesordnungspunkt 3 „Aktuelle Informationen der Stabsstelle“ würde in der nächsten Stadtratssitzung (20.05.2021) behandelt werden.

zurückgestellt

4. Sonstiges

4.1. Anfrage von Stadtrat Müller; Öffnung Kunstrasenplatz

Stadtrat Müller verweist auf vorliegende Lockerungen der Corona-Regelungen im Bereich Freizeitsport und bittet um Öffnung des Kunstrasenplatzes.

Laut Oberbürgermeister Güntner würden die rechtlichen Vorgaben hierzu bereits seitens der Schulverwaltung geprüft werden.

4.2. Anfrage von Stadtrat Vierrether; Umbau Touristinformation und Öffnung des Bahnhofs Kitzingen

Stadtrat Vierrether erfragt den aktuellen Stand des Umbaus der Touristinformation und den geplanten Zeitpunkt der Öffnung des Kitzinger Bahnhofs.

Oberbürgermeister Güntner teilt mit, eine Öffnung des Bahnhofs werde ab 1. Juni 2021 erfolgen.

Bauamtsleiter Graumann verweist auf das Berichtswesen und erläutert, bei der Maßnahme „Umbau Touristinformation“ befinde man sich im Zeitplan. Laut letzter Information des Sachgebiets Hochbau ist der Beginn für Juni geplant.

Oberbürgermeister Stefan Güntner schließt die öffentliche Sitzung um 21:40 Uhr.

Vorsitz

Schriftführung

Stefan Güntner
Oberbürgermeister

Lisa Spiller
Verwaltungsfachwirtin